

Interpellation Nr. 15 (März 2006)

06.5068.01

betreffend Euro 08 – Welche Verpflichtungen sind Vertreter des Kanton Baselstadt eingegangen

Im Vorfeld zur Debatte in National- und Ständerat wurde klar, dass nicht nur der Bundesrat und der Schweizerische Fussballverband Verpflichtungen eingegangen sind, welche in ihrem finanziellen Ausmass erst in diesen Wochen erkennbar werden. Auch Vertreter von Baselstadt sind bereits 2002 verschiedene Verpflichtungen eingegangen. Gemäss einem Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle vom 9. Dezember 2005 hat RR Schild als Präsident der Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren am 27. März 2002 zwei Vereinbarungen zur „Sicherheit in der Schweiz“ und „in den Stadien“ unterschrieben. Das Erziehungsdepartement Baselstadt, Abteilung Kultur, hat im Mai 2002 flankierende Massnahmen zugesagt.

Die Nationalratsfraktion der Grünen nimmt zu bundesrätliche Botschaft, welche auch für den Kanton Baselstadt von Bedeutung ist, wie folgt Stellung:

„Fairness bitte!

Die Grüne Fraktion findet es skandalös, wie die Euro08 aufgegleist wird. Die Idee eines populären Fussballfestes wird pervertiert zu einem Grossanlass, von dem die Sportverbände und Sponsoren profitieren, während die öffentliche Hand Sicherheits- und andere nicht lukrative Kosten berappen soll. Das vorliegende Projekt verletzt alle Regeln der Fairness, deshalb beantragen die Grünen Nichteintreten.

Die Grünen sind nicht gegen die EURO 2008. Sie möchten aber, dass die Euro08 – nicht nur sportlich - ein faires Ereignis wird. Doch um Fairness geht es längst nicht mehr. Seit der Botschaft vom 27.2.2002, der die Grünen zugestimmt haben, ist es zu einem Foul nach dem andern gekommen: Es ist unfair, dass vom Milliardengewinn die UEFA, der Schweizerische Fussballverband und die Sponsoren profitieren sollen, die öffentliche Hand aber Millionenbeträge für Sicherheit und andere nicht lukrative Kosten aufwenden soll. Es ist unfair, dass der Bundesrat am Parlament vorbei Zusagen gemacht hat, deren wahre Kosten – Expo02 sei gegrüsst – viel höher ausfallen als ursprünglich angegeben. Es ist unfair, dass die gleichen Politiker, die sonst bei jeder Gelegenheit auf die Ausgabenbremse treten, bei der Euro08 plötzlich grosszügig Geld ausgeben wollen. Es ist unfair, für repressive Sicherheitsmassnahmen Geld in Millionenhöhe auszugeben und für die Fans weder attraktive Zugangsbedingungen zu den Spielen noch vernünftige Betreuungs- und Infrastrukturen vorzusehen. Für die Durchführung einer fairen Euro08 braucht es folgende Bedingungen:

- Sicherheits- und anderen Zusatzkosten, die anfallen um die Durchführung der Euro08 zu garantieren, sind nach dem Verursacherprinzip von der UEFA und dem Schweizerischen Fussballverband SFV zu übernehmen. Für die Kosten zum Standortmarketing soll der Bund mit Schweiz Tourismus, Präsenz Schweiz und allenfalls weiteren Organisationen eine Vereinbarung abschliessen.
- Anstelle eines überdimensionierten repressiven Sicherheitsapparates ist der Aufbau einer professionellen Fanarbeit (siehe WM in Portugal) zügig an die Hand zu nehmen. Zufriedene Fans sind die beste Prävention für ein faires Fussballfest.
- Es braucht ein Nachhaltigkeitskonzept mit konkreten Massnahmen und deren Finanzierung. Dabei sind insbesondere die Klimaneutralität und die soziale Verträglichkeit bei der Beschaffung von Gütern zu berücksichtigen.“

Die Stellungnahme der Grünen Schweiz zeigt deutlich, dass wesentliche Versäumnisse nicht den „Host Cities“ angelastet werden können. Trotzdem, seit Mitte 2002 waren die Grundlagen für die Kostenbeurteilung auch für den Kanton Baselstadt bekannt. Die jetzt bekannten Zahlen beziehen sich im Wesentlichen auf Vereinbarungen welche alle im Mai 2002 unterzeichnet wurden. Leider sind viele dieser Vereinbarungen nicht öffentlich zugänglich. Für Baselstadt haben verschiedene Vertreter bereits 2002 Vereinbarungen

unterzeichnet, bei welchen bis heute die finanziellen Auswirkungen noch immer weitgehend im Dunkeln liegen.

Ich bitte deshalb den Regierungsrat folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist der Regierungsrat bereit, die für Baselstadt eingegangenen Verpflichtungen offen zu legen?
2. Welche flankierende Massnahmen (organisatorisch, finanziell etc.) hat die Kulturabteilung für die EURO 08 zugesagt?
3. Wie sehen die finanziellen Vereinbarungen zwischen den Vertragspartnern bei der Sicherheit im Innern des Landes und speziell in und um den Stadien aus?
4. Wurden für finanzielle Verpflichtung Vorbehalte bezüglich Zustimmung durch Parlament und Stimmvolk gemacht?
5. Was unternimmt der Regierungsrat, wenn National- und Ständerat die Austragungsstandorte nicht entlasten will?
6. Wie würde eine EURO 08 „Light“ für Baselstadt aussehen, wie dies in Bern angedacht wird?

Beilage Anhang 2 aus Bericht der Finanzkontrolle CH vom 9. Dez. 2005

Urs Müller-Walz